



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1918

596 (21.12.1918) Mittags-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-183020](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-183020)

Mannheimer General-Anzeiger

Verantwortlicher: Dr. Fritz Goldbaum, Verantwortlich für Politik: Dr. Fritz Goldbaum, für
Wirtschaft: Hans Schögen, für Lokal- und den übrigen redaktionellen Teil: Richard Schögen, für
Kunst: Franz Kitzler, für Anzeigen: Anton Schögen, Druck und Verlag: Dr. Fritz Goldbaum, Mannheimer
General-Anzeiger G. m. b. H., in Mannheim, Brühlstr. 10, General-Anzeiger Mannheim.
Telefon-Nr. 2017, Telegrafische Adressen: — Fernsprecher über Mannheim Nr. 7940, 7946.

Badische Neueste Nachrichten
Amtliches Verkündigungsblatt

Anzeigenpreise: Die typ. Anzeigensätze für den hiesigen Bezirk 40 Pf., für auswärtige 50 Pf., für
Anzeigen 60 Pf., für Anzeigen 2 50 Anzeigen 40 Pf., für Anzeigen 8 1/2 Pf., für Anzeigen nach
Mittags 1/2 Pf., für Anzeigen an bestimmten Tagen, Stellen und Auslagen wird keine Verantwortung
übernommen. Bezugspreis in Mannheim und Umgebung monatlich 2. — mit Belegbogen,
Postbezug: Dinstag 21. 6. 42 einhalb, Abonnementsgebühr: bei der Post abgerechnet 2. 70, ein Viertel 10 Pf.

Der Ernst der Wirtschaftslage in Deutschland.

Im Zeichen der Friedenskonferenz und der Nationalversammlung

Das erste Quartal 1919.

Für die Zukunft Deutschlands wird es politisch so hochwichtig
wie kaum eines. In diesem Vierteljahr wird die Frage ent-
schieden werden, ob wir als Volk untergehen oder weiterbestehen
sollen.

Für die deutsche Nationalversammlung wie für die Friedens-
konferenz werden wir in Verbindung mit hervorragenden, deutschen
Journalisten und Politikern eine schnelle und ausführliche
Berichterstattung organisieren.

Über die Friedenskonferenz und die Nationalversammlung
gründlich und schnell unterrichten will, findet in den Berichten
begleitenden Aufsätzen unseres Blattes alle Aufsicht.

Unsere auswärtigen Leser bitten wir umgehend die Bestellung
den

Mannheimer General-Anzeiger

erneuern, damit in der Zustellung keine unliebsame Unterbrechung
tritt, die angesichts der Zeitlage besonders schmerzhaft empfunden
werden dürfte.

An unsere Leser und Leserinnen in Mannheim richten wir
das freundliche Ersuchen, uns auch ferner bei der Aus-
stattung unseres Blattes zu unterstützen, das auch in
den neuen Deutschland seinen alten Ueberlieferungen gemäß die
Ehre des Reiches, der Einheit, Größe und Macht des Reiches voran-
bringen wird.

Die zukünftige deutsche Staatsform.

□ Berlin, 21. Dez. (Von unserem Berliner Büro.)
den ständigen Besprechungen, welche in der vorigen
Woche zwischen dem Staatssekretär des Innern und den deut-
schen Staatsrechtslehrern in Berlin stattfanden, nahm u. a.
der Berliner österreichische Gesandte Dr. Hartmann
Professor Mag. Weber-Heidelberg teil. Die Gesichts-
punkte, auf die man sich dabei geeinigt hat, gehen ungefäh-
rermaßen in die Spitze der Reichsregierung tritt ein gewähl-
ter Präsident, dessen Amtsbezugnisse ungefähr in der
Mitte liegen sollen zwischen den Rechten, die dem Präsidenten
der Vereinigten Staaten und dem König von England zu-
stehen. Dieser Präsident wird sich dann sein Kabinett nach
dem parlamentarischen Grundsatze selbst
zusammensetzen. Daneben wird nach dem Muster des alten
deutschen Bundesrats ein Staatshaus aus Bevollmäch-
tigten der verschiedenen Bundesrepubliken gebildet werden,
das ungefähr dem amerikanischen Senat entsprechen dürfte
das entgegen den Befugnissen des Bundesrats weniger
Organ der Verwaltung als der Gesetzgebung bilden wird.
Die Reichsregierung wird scharf unitarisch sein,
denfalls in weitgehenderem Maße als unter dem alten Re-
gime. Dabei soll die Zentralisierung nicht so weit getrieben
werden, daß etwa die Selbständigkeit der einzelnen Bundes-
republiken aufgehoben wird. Gewisse kulturelle, wirtschaftliche
soziale Gebiete werden der Verwaltung der Bundesrepubliken
reserviert. Anderes dagegen wie Eisenbahn, Heer-
wesen, Zollwesen, Post und Steuer sollen der
Reichsverwaltung zugehen. Man glaubt, daß man
etwa 14—15 deutsche Bundesrepubliken zäh-
len kann.

Die Grenzen der einzelnen Republiken werden sich lei-
chlich mit den bisherigen Grenzen der Bundesstaaten
decken. So denkt man z. B. den Bundesstaat Preußen nach
dem Muster der Balock-Vorschläge aufzuteilen. Über auch
Territorialbestand anderer Bundesstaaten, wie z. B.
Sachsen wird kaum geschloffen in die Form einer neuen
Bundesrepublik übergehen. Vielleicht wird sich der Kern des
alten Königreichs Bayern mit Deutsch-
Österreich verbinden, während Franken sich einer andern
Republik anschließen. Von der Reichsregierung soll jedoch auf
die Um- und Neubildungen keinerlei Einfluß oder gar
Einwirkung ausgeübt werden.

Elßah-Lothringen.

Berlin, 20. Dez. (W. B.) Auf deutsches Drängen wurde
französische Grenzsperrung über Elßah-Lothringen
für die demobilisierten Elßah-Lothringer am
20. Dezember aufgehoben. Die demobilisierten Elßah-
Lothringer können daher jetzt in die Heimat zurückkehren.
Deutsche Waffenstillstandskommission:

Staatssekretär Erzberger.

Berlin, 21. Dez. (W. B.) Die Meldung französischer Blät-
ter, daß die Präsidenten des Appellationshofes Roess und
Erster Staatsanwalt Bogt und die Staatsanwälte
Böding und Kettmann die Gerichtspräsidien
in Straßburg, Jeger und Koch, ferner der Lehrer Go-
ttfried verhaftet seien, ist falsch. Die Genannten befinden
sich in der Heimat. Offenbar ist die Aus-
sage mit der Verhaftung verwechselt worden.

Die Gefährdung der rechtsrheinischen Eisenindustrie.

Düsseldorf, 21. Dez. (W. B.) Die Nordwestgruppe
des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindu-
strieller beschloß in der gestrigen Vorstandssitzung, folgen-
des Telegramm an die Waffenstillstandskom-
mission in Spa zu senden:

Das Verbot jeglichen Güterverkehrs von dem linksrhei-
nischen besetzten Gebiet in die neutrale Zone und das übrige
Deutschland gefährdet die rechtsrheinische
Eisenindustrie und den Kohlenbergbau auf
Kreuzfeld. Wenn nicht die Zufuhr der lothringischen Erze
möglich bald erfolgt, ist das Erliegen der Hochofenindustrie
und damit der Eisenindustrie überhaupt unausweichlich, da
die Vorräte höchstens einen Monat reichen.

Weiter steht seit der Besetzung die Zufuhr an Er-
zeugnissen der linksrheinischen Eisen- und
Kohlengruben, auf die große rechts-
rheinische Werke dringend angewiesen sind. Diese stehen des-
halb unmittelbar vor dem Erliegen. Desgleichen
ist die Zufuhr von linksrheinischen Braunkohlen-
werken zum rechtsrheinischen Gebiet, insbesondere dem
Siegertal, unterbrochen, sodaß die Siegerländer Stahlwerke
seit Wochen still liegen.

Ebenso steht die Kohlenförderung in den rechtsrheinischen
Gebieten auf die größten Schwierigkeiten, wenn die für sie
linksrheinisch liegenden Materialien nicht ununterbrochen ab-
gefahren werden.

Da die Arbeitslosigkeit von Hunderttausenden
von Arbeitern droht, bitten wir, bei den Gebern vorstellig
zu werden, daß die Sperre mit dem besetzten Gebiet auf-
gehoben oder bei der Befreiung der neutralen Zone von
dem Brückenkopf Köln ab nach Norden zwischen dem be-
setzten Gebiet und dem übrigen Deutschland
keine Verkehrsunterbrechungen angeordnet
werden.

Die Aufgaben des Demobilisierungsamtes.

Mangel an Rohstoffen und Arbeit.

□ Berlin, 21. Dez. (Von un. Berliner Büro.) Staatssekre-
tär Köhler, der Leiter des Reichsdemobilisierungsamtes, hat
gestern vormittag vor einem Kreis von Pressevertretern über die
Aufgaben dieses Amtes gesprochen. Er schloß voraus, daß die
Aufgaben des Demobilisierungsamtes nur vorübergehend seien.
Sie hätten anders ausgefallen nach einem glücklichen oder erträu-
lichen Friedensschluß. Angesichts des verlorenen Krieges handelt
es sich vor allem darum, die Folgen und Schäden der Re-
volution wieder auszugleichen. Es kommt darauf an,
die aus dem Kriege heimkehrenden Menschen so schnell als möglich
in der Wirtschaft des alten Systems unterzubringen, denn dafür
zu sorgen, daß die zerstörte Wirtschaft nicht vollends zusammen-
bricht. Bei der Schaffung von Arbeitsstellen steht die Roh-
stofffrage im Vordergrund. Ausländische Rohstoffe sind eher in
ausreichendem Maße vorhanden, als inländische, die von dem Roh-
stoffmangel in Mitleidenhaft gezogen werden.

Von größter Bedeutung dabei ist die allmählich herbeigeführte
Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitgebern und
Arbeitnehmern, zwischen dem organisierten Unternehmertum
und den Gewerkschaften. Innerhalb dieser Arbeitsgemeinschaft soll
man versuchen, die einzelnen Fachkörper als Selbstverwaltungskör-
per zusammenzufügen und diese dann als Werkzeuge benutzen,
um die Staatsaufträge umzusetzen. Besondere Organe sollen dem
Demobilisierungsamt eingeschoben werden, um dahin zu wirken,
daß zwischen den einzelnen Körpern keine Reibungen entstehen und
die Staatsaufträge auf möglichst breiter Basis ausgeführt werden
können. In Anbetracht unserer knappen Rohstoffe können
wir zunächst nur solche Erzeugnisse herstellen, die wirklich notwendig
sind. Innerhalb des uns zur Verfügung stehenden Rohstoffrahmens
können wir natürlich nicht die Höchstproduktionsrate erzielen. Wir
müssen somit die Aufträge nur an besonders leistungsfähige Be-
triebe verteilen. Dabei würden alle in der Höchstleistung heraus-
gepreht werden, aber der Aufgabe des Demobilisierungsamtes,
Menschen unterzubringen, würde es widerstreben.

Es ist verständlich, daß wir alle Kräfte nicht in der Industrie
unterbringen. Die Leute müssen auf alle Fälle aus der Großstadt
hinaus und zu dem Ende bieten sich an: 1. der Kohlenbergbau, 2.
Land- und Forstwirtschaft, 3. die Gebiete jenseits der Reichsgrenzen,
bei denen Rohstoffe nicht erforderlich sind. Alle müssen in dieser
Beziehung Opfer bringen. Auch die Landwirtschaft darf nicht mit
dem Einwand kommen, daß und die Arbeiter sind in der Großstadt
verdorben und für die Landwirtschaft unbrauchbar. In der nächsten
Zeit schon soll eine Verordnung erlassen werden, die darüber Be-
stimmungen trifft, wieviele Leute schon in den Betrieben, vor allem
in den Rüstungsbetrieben zu bleiben haben, wieviele der Industrie
überhaupt zuzumuten sind, wieviele unter allen Umständen aus-
wandern müssen.

Einen Antrag auszuüben, beabsichtigt Herr Köhler indes nicht.
Das einzige Mittel, das nach seiner Auffassung in diesen Zeiten
der Gerechtigkeit und aufwühlenden, auch den inneren Menschen auf-
wühlenden Umwälzung bleibt ist die Kultivierung und der
Kopplung und bessere Einigkeit. Die Unternehmer
müssen ihre Kräfte erhalten, sich klar machen, daß sie andere
Mittel als die Kräfte haben, die im Jahre 1914, daß sie wohl über
sich selbst auf die Revolutionswirtschaft stellen müssen. Für den
Unternehmer stehen die Dinge im Grunde doch so: geht er nicht mit
der Zeit, dann bricht er früher zusammen. Sucht er sich für anzu-
passen, so ist es doch immerhin möglich, daß er durchkommt.

Freilich, wenn die letzten Lohnforderungen an-
genommen würden, müßte die deutsche Wirtschaft über kurz
oder lang, wahrscheinlich über kurz, zusammenbrechen. Der
Staatssekretär hofft aber, daß die Lohnforderungen bei der wachsen-
den Einsicht der Arbeiter in den Betrieben sich senken würden.
Daher erneuert er, auch die alte Forderung der sozialreformelichen
Nationalökonomie, den Arbeiter in einen inneren soziet-
schen Zusammenhang mit seiner Arbeit zu
bringen.

Wiel verspricht Herr Köhler nach dieser Richtung sich von den
Tarifverträgen, und er sieht es als ein günstiges Zeichen an,
daß von den Arbeitgebern jetzt vielfach der Wunsch nach einer be-
hördlichen Sanktionierung der Tarifverträge ausgesprochen wird.
Am letzten Ende wird viel, wenn nicht alles davon abhängen, daß
die staatlichen Organe wieder in den Besitz der Autorität kommen,
die sie in den letzten Wochen zu sehr eingebüßt haben.

Auch für Demobilisierung und Wirtschaft ist, so
kann man die Erfahrungen des Staatssekretärs vielleicht sinnmäßig
ergänzen, die Nationalversammlung eine unbedingte
Notwendigkeit.

Keine Erleichterung der Blockade.

Berlin, 20. Dez. (W. B.) In der letzten Sitzung der Ge-
fangenenkommission in Spa erklärte der franzö-
sische Vorsitzende, daß die in Breit-Leopoldshöhe zu
stationierende deutsche Kompanie in die Liste der Polizei-
truppen für die neutrale Zone aufgenommen werden könne.
Die Gefangenen müßten so schnell wie möglich abgeführt
werden, zum Beispiel in Sammellager am Rhein, wo die
Entente die Verpflegung übernehmen werde. Der Vertreter
des Kriegeministeriums hielt die Ausführung infolge der
augenblicklichen Verkehrslage für schwierig. Der Abtransport
über Holland und die Nord- und Ostseehäfen habe schon meh-
rere Tage unterbrochen werden müssen. Die Beschaffung von
Eisenbahnmateriale hierfür wurde französischerseits abgelehnt.
Der deutsche Vorsitzende erinnerte an den schon vor einem
Monat erfolgten Hinweis auf die dringenden Ernäh-
rungsbedürfnisse. Eine Milderung der
Blockade sei auch im Interesse der Gefangenen geboten.
Auch dies wurde verweigert.

Auf eine Anfrage des englischen Vertreters, ob für eng-
lische Sanitätszüge, deren Lokomotiven nur bis Herbstest
verfügbar seien, deutscherseits Maschinen gestellt werden könnten,
kam eine bestimmte Antwort noch nicht erteilt werden. Es
wurde empfohlen, den englischen Maschinen nach italienischem
Muster deutsche Führer beizugeben.

Bitte um Gefährt.

Berlin, 21. Dez. (W. B.) In der Sitzung der Inter-
nationalen Waffenstillstandskommission vom 20. Dezember in
Spa wurde vom Vertreter der deutschen Regierung eine
Note überreicht, nach der die norwegische die britische Rege-
rung gebeten hat, sechs deutschen Dampfern, die sich in Hei-
ningsfors oder auf dem Wege nach dort befinden und mit
norwegischen, gemäß dem amerikanischen Abkommen zur
Ausfuhr freigegebenen Fischprodukten beladen sind, ebenso
einigen deutschen Dampfern, die mit Rohstoffmaterial für
Norwegen beladen sind, Gefährt bis zum Bestim-
mungsort zu erteilen. Im Interesse der Lebensmittel-
versorgung Deutschlands wurde dieses Ersuchen
von der deutschen Regierung unterstützt.

Die deutsche Waffenstillstandskommission.

Verstärkte Sperrung zwischen dem besetzten und unbesetzten Deutschland.

Spa, 21. Dez. (W. B.) Der Vertreter der deutschen
Regierung richtete an den Vorsitzenden der internationalen
Waffenstillstandskommission folgende Note:

In Berlin sind Nachrichten eingelaufen, wonach die
Sperre zwischen dem besetzten Gebiet und dem unbesetzten
Deutschland verschärft sein soll. Auftragsgemäß erbitte
ich Aufklärung.

Frankfurt a. M. vor einer Kohlenkatastrophe.

h. Frankfurt, 21. Dez. (Priv.-Tel.) Die Blätter melden,
daß die Kohlenversorgung Frankfurts binnen
wenigen Tagen katastrophalen Charakter annehmen
werde, da die Kohlenzufuhr so gut wie aufgehoben ist. In
den Gaswerken muß bereits die Verwendung von Holz ins
Auge gefaßt werden. Die Lage ist so ernst, daß man sich auf
das Schlimmste gefaßt machen muß, wenn die Entente nicht
selbst den Notstand durch Freigabe der Transporte beseitigt.
Das städtische Wasserversorgungsamt hat in verschiedenen Stadt-
teilen Wärmehallen zur unentgeltlichen Benutzung für
Männer und Frauen errichtet.

Die Franzosen in Mainz.

h. Mainz, 21. Dez. (Priv.-Tel.) Die Franzosen
führen hier ein strenges Regime. Infolge der Ab-
sperrung wächst der Mangel an Lebensmitteln.
Kartoffeln und Marmelade sind kaum mehr vorhanden. Die
niederen Preise gelten nur für die Besatzung, während die
Bevölkerung zu verbotenen Preisen nach wie vor nichts er-
hält. Die Franzosen quartieren sich sämtlich
in Privathäusern ein und beanspruchen die Küchen
für sich.

Für die Zeitungen ist Zensur eingeführt.
Die Nachrichten aus dem Innern Deutschlands fehlen völlig
oder kommen ihres eigentlichen Sinnes beraubt an die
Bevölkerung.

Die Nationalliberalen u. die Deutsche Demokratische Partei.

Eine Reihe von führenden Männern der Nationalliberalen Partei erklärt in einem Aufruf, für ihren Zusammenschluß mit der Deutschen Demokratischen Partei sei die Erwägung ausschlaggebend gewesen, daß in einem Staate der Völkerrückbildung nur große Parteien den Willen ihrer Wähler verwirklichen lassen. Die Deutsche Demokratische Partei habe mehr als jede bloße Fortsetzung der alten Parteien die Aussicht, die gewählten Schranken der neuen Wählerschichten mit sich zu reißen. „Wir trauen ihr zu, daß sie die große Partei ist, die, alle Schichten des Volkes umfassend, jede einseitige Klassenherrschaft verhindert.“ Die Veröffentlichung ist u. a. von folgenden Abgeordneten des früheren Reichstags und preussischen Abgeordnetenhauses unterschrieben: Dr. Kantenburg, Dr. Koller, Dr. Böhm, v. Bülow, Dürck, Grund, Jäger, Jundt, Kelnath, Krüger, Liepmann, Ost, Rudowig, Lucas, Lusenitz, Otto, Rhr, v. Rüdiger, Prinz zu Schwalbach-Carlsberg, Schröder, Nachbors de Wente, außerdem vom ehemaligen Staatsminister Rüdiger-Dresden und dem Staatssekretär des Reichsschatzmeisters Schiffer.

Das Zusammengehen der liberalen Parteien in Baden.

In Baden ist die Einigung der liberalen Parteien nunmehr wohl in den meisten größeren Städten vollzogen worden. Aus den letzten Tagen nennen wir zusammenfassend Konstanz, Freiburg, Bruchsal, Rastatt, Lahr, Singheim. In diesen Städten haben die Ortsvereine der Badischen Volkspartei den Anschluß an die Deutsche Demokratische Partei genommen. In Konstanz ist die gemeinsame Parteiarbeit bereits aufgenommen worden. In Rastatt hat Bürgermeister Kerner, ein alter bewährter Nationalliberaler, mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß wir alle umlernen müssen, weil es die veränderten Verhältnisse erforderten und hat dann aufs wärmste den Anschluß befürwortet.

Die Wahlen in Baden.

In einer nächsten Tage erscheinenden Verordnung der vorläufigen Landesregierung ist bestimmt, daß, wenn in Gemeinden mit mehreren Wahlbezirken nicht genügend Mitglieder des Stadtrats oder des Bürgerausschusses zur Verfügung stehen, der Gemeinde-(Stadt-)rat die Vorsteher der Wahlkommission aus der Zahl der übrigen Wahlberechtigten ernennen kann. Die Bestimmung, daß Staatsbeamte zu den Wählern als Mitglieder der Wahlkommission und als Beisitzer bei der Ermittlung des Wahlergebnisses nicht berufen werden können, tritt außer Kraft.

Ferner hat das Ministerium des Innern sich dahin ausgesprochen, daß die Wahlvorstandslisten wie auch die Stimmzettel zu den Wahlen zur Badischen Nationalversammlung durch Bezeichnung der Partei oder der Wählervereinigungen, von denen sie ausgehen, nach ihrer Parteistellung kenntlich gemacht werden dürfen. Von besonderen Umständen abgesehen kann jedoch das Fehlen der Parteibezeichnung als ein Kennzeichen nicht angesehen und es kann ein Stimmzettel, der im übrigen die Vorschriften nicht verändert wiedergibt, nicht deshalb als ungültig erklärt werden, weil die Parteibezeichnung weggelassen worden ist.

Teuerungszulagen der Staatsbeamten.

Man schreibt uns:

Die Gewährung einer einmaligen Teuerungszulage, im gleichen Umfang wie die vom Monat September 1918, an die Reichs- und preussischen Beamten, jedoch nach der Weimarer (an die Beamten werden sie nach der Weimarer Gesetzgebung), hat auch in den Reihen der badischen Staatsbeamten und Arbeiter die Hoffnung auf Gewährung der gleichen einmaligen Teuerungszulage noch werden lassen. Da diese Hoffnung geäußert wurde durch einen Ratgeber aus Beamtenkreisen, bei denen man eine gewisse Kenntnis der Sachlage voraussetzen darf, nahmen die Hoffnungen bald höhere Formen an, zuletzt verdichteten sie sich zur vollständigen Falschheit der Bewilligung der einmaligen Teuerungszulage auch an die badischen Staatsbeamten (Stellen). Doch natürlich nur in der Köpfe der betroffenen badischen Staatsbeamten. Die Hoffnung hat sich trotz ihrer großen Berechtigung nicht erfüllt. Worin bestand die große Berechtigung zur Hoffnung? Einmal: die badischen Staatsbeamten mühten annehmen, daß das unter der alten Regierung an die badischen Staatsbeamten gemachte Zusprechen auf lebenslange realisierte Gewährung der Teuerungszulagen auch von der neuen Landesregierung mit übernommen und zwar als bindend mit übernommen worden sei, zumal zu Anfang der Revolution den Beamten realisierte Befreiung ihrer Einkommen jenseitig zugesichert worden war. In der letzten Woche nach Beginn der Revolution schon hat man, wie es

scheint, die zu Anfang der Revolution gegebenen Zusicherungen vergessen. Ist doch der Umstand, daß man die laufenden Teuerungszulagen vom Monat Dezember, die Bestimmungen der Weimarer Gesetzgebung nach dem Staatsdienern vor Weihnachten ausstellen läßt, ein Beweis dafür, daß die badische vorläufige Landesregierung nicht im entferntesten daran denkt, den badischen Staatsbeamten in die an der Weimarer Gesetzgebung und gezahlte Teuerungszulage ebenfalls zu bewilligen.

Ein billiges Weihnachtsgeschenk für die badischen Staatsbeamten und Staatsbediensteten. Der Herr Finanzminister hat sich ja den Rücken gekehrt. Großer Widerspruch vom See bis an das Raimel-Straß über Baden-Schwarze-Wald hat die Steuerzahler schon wieder sehr gemacht gegen die ständige Verleumdung der Beamten.

Wir sind grundsätzlich Gegner einmaliger Teuerungszulagen, weil wir wissen, daß solche Kräfteentlassungen in einem geordneten Staatshaus nicht einzufließen, sondern ihn dann und wann bedenklich ins Wanken bringen. Aber wir haben weder bei Schaffung des bestehenden Sozialstaats noch beim Ausbau und der Verbesserung der laufenden Teuerungszulagen die Möglichkeit zu entsprechender Mitwirkung, fortan einmalige Teuerungszulagen von solchen Stellen in Form von Realzinsen nicht mehr zu stellen, um den Beamten unangenehm das Einkommen zu erhöhen. Seit ist den badischen Staatsbeamten eine Zulage zur Altersvorsorge von 700 Mark jährlich bewilligt worden. Wie man hört, soll diese die allmähliche Abtragung der einmaligen Teuerungszulage bedeuten. Diese Abtragung könnte also bei verheirateten Staatsbediensteten in 8-9 Monaten vollzogen sein. Wer ist dann genug und weiß zu wissen, was bis dahin steht oder gefallt ist. Und dann wenn die laufenden Beiträge keine Erhöhung erfahren, ist vor Abtragung der alten Schuld eine neue heranzukommen, sofern der Staat das in seinen Diensten annehmen will. Und das wollen wir dann doch hoffen. Auf diese Hoffnung haben wir eine neue, nämlich die, daß den badischen Staatsbeamten die einmalige Teuerungszulage noch wird im Interesse des gesamten badischen Volkes.

Die Loslösungsbestrebungen im badischen Zollausgabengebiet.

Die Bestrebungen im badischen Zollausgabengebiet an der Schweizer Grenze auf Loslösung von Baden und Anschluss an die Schweiz haben zu einer Aussprache eines Mittels des der Regierung mit einer Abordnung aus dem Zollausgabengebiet geführt. Die Regierung wird zu einer Abtrennung dieses Gebietes von Baden und dem Deutschen Reich niemals ihre Zustimmung geben. Dagegen hat sie den Gemeinden zugesagt, ihre vorerbrachten Wünsche auf Verbesserung wirtschaftlicher Art usw. zu prüfen und ihnen, soweit immer möglich, zu entsprechen. Sie hat in Erfüllung dieser Aufgabe die Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues beauftragt, die Frage der Herstellung einer Straße von Leitzlingen nach Bältern zu prüfen und zu untersuchen. Die Generaldirektion der Staatseisenbahnen hat den Auftrag erhalten, sofort zu prüfen, ob eine Automobilverbindung von Bältern über unter Benutzung der bestehenden Straße in die Wege geleitet werden kann. Die Frage der Verbesserung der Zollverhältnisse ist in der Bearbeitung genommen. Mit dem Kreis Bältern wird wegen der Bestellung von Zuschüssen zu den bei dem gegenwärtigen Kurzwert des deutschen Geldes sehr erheblichen Kosten der Unterbringung von Kranken des Zollausgabengebietes im Schweizerischen Krankenhaus in Schaffhausen in Verbindung getreten. Es darf hiernach erwartet werden, daß auch im badischen Zollausgabengebiet wieder eine ruhigere Auffassung der Dinge Platz greifen und die Loslösungsbestrebungen verstummen werden.

Letzte Meldungen.

Der Zentralrat der Republik.

Der Zentralrat der Republik der sozialistischen Republik Deutschland hat sich gestern Nachmittag in einer Sitzung konstituiert und zu Vorsitzenden die Herren Veit-Hannover, Cohn-Reuß und Hermann Müller gewählt. Die Uebernahme der Geschäfte des Volksrates soll heute Morgen erfolgen.

Deutsches Kolonialpersonal für die Entente.

Berlin, 20. Dez. (WB.) Antisch. Die Bedingung des Waffenstillstandsvertrages, daß die abzugebenden Kolonialtruppen mit Personal besetzt sein müssen, stellt die deutschen Kolonialführer und heizt vor eine große Aufgabe, entscheidend bei der Durchführung der Bedingungen und damit bei der Vorbereitung des Friedens für das deutsche Volk mitzumachen. Tausende von Beamten werden mitwirken müssen. Die Entente verlangt, daß das Personal nicht nur in früher besetzten Gebieten, sondern auch darüber hinaus Dienst tun soll, mit der Bedingung, daß die Linie Dünkirchen-Paris-Brüssel im allgemeinen nicht überschritten werden soll. Die Interessen der

Belasteten werden durch die deutschen Vertreter bei den in Paris kommenden französischen Bahngesellschaften gewahrt. Sicherlich für Leib und Leben ist bestimmt zugesagt. Die deutsche und französische Bevölkerung ist durch die Tageszeitungen und durch Hausanschlüsse auf die Unantastbarkeit der deutschen Grenze hingewiesen.

Die Gebühren sind vom 23. Dezember ab über die Höhe hinaus erhöht worden, die kürzlich in der Presse zum ersten Mal veröffentlicht wurden. Die Gebühren erhalten ihr Heimatgehalt weiterbehalten, ferner ein Drittel für Führer und Helfer ein Robilmachungsgeld von 300 M. sowie für nicht schon früher ein solches erhalten haben von 30 M. tägliche Zulage, 15 M. Verpflegungsgeld oder freie Verpflegung und freie Unterkunft. Der Dienst soll sich auf mehrere Wochen erstrecken.

Deutschland und Spanien.

Madrid, 20. Dez. (WB.) Meldung des Reuterschen Büros. Dem Prinzip der Neutralität und dem Stand der deutschen Verhältnisse sind getreu die Fälle ausgedrückt worden. Sie werden Spanien binnen kurzem verlassen.

Kurt Eisner schafft die neue Zeitung.

München, 20. Dez. (WB.) Unter der händlichen Arbeit von Kurt Eisner erscheint in München ein neues Blatt der unabhängigen sozialistischen Partei. Es nennt sich „Neue Zeitung“. Kurt Eisner hat in seinem Heimatort in der ersten Nummer u. a. im heutigen Pressegewerbe läuft alles darauf hinaus, im Interesse dieser oder jener Kreise oder herrschenden Klasse durch die Erzeugung von Vorurteilen das Publikum zu täuschen. In dem Namen „Neue Zeitung“ verbirgt sich ein doppelt bedeutungsvoller Sinn. Neue Zeitung, das ist sowohl die Kunde einer neuen Zeit, als auch ein neuer Begriff der Presse.

Ausweisung der Chinesen.

Amsterdam, 20. Dez. (WB.) Nach dem „Algemeen Handelsblad“ meldet die „Times“ aus Peking, daß der allgemeine Wunsch der Chinesen, die Deutschen in China nach ihrem Land zurückzuführen, jetzt die Form einer organisierten Aktion annimmt. In Hongkong wurde beschlossen, keinen Deutschen in der Kolonie zu dulden. Auch die Chinesen der Regierung in Peking haben beschlossen, alle Deutschen aus ihrem Dienste zu entlassen.

Verkaufung der ausgelieferten deutschen Schiffe?

Amsterdam, 20. Dez. (WB.) Nach einem Telegramm des Associated Press haben, wie ein hiesiges Blatt meldet, die amerikanischen Delegierten bei der Friedenskonferenz beschlossen, dafür einzutreten, daß die ausgelieferten feindlichen Schiffe verkauft werden, damit nicht bei ihrer Verteilung Zwistigkeiten entstehen. Sir Eric Geddes soll diesem Plan bereits zugestimmt haben.

Die Ruffen doch in Berlin.

Berlin, 21. Dez. (Von uns. Berliner Büro.) Wie die „Tägliche Rundschau“ mitteilt, befindet sich Herr Sobelsohn zu Zeit in Berlin und hat die folgenden Forderungen der Sozialdemokratie in der Hand. Auch das ganze frühere Sozialdemokratische Personal — Herr Sobelsohn ausgenommen — ist allmählich bei uns gelandet. Wir geben diese Notizen unter Vorbehalt wieder, halten es aber für unbedingt notwendig, daß die Regierung sich zu diesen Mitteilungen äußert.

Auch der „Vorwärts“ nennt überhört Herr Sobelsohn den Inhalt des Sozialdemokratischen und meint, für diese Mitteilungen sei keine Propaganda nötig. Herr Sobelsohn selbst ist die Millionen ruffische Ruffen hier bereitgestellt.

Aufhebung des Belagerungszustandes und der Zensur in Frankreich.

Bern, 21. Dez. (WB.) Wie der „Petit Vaudois“ meldet, ist der Kommandant der Gendarmerie in der Provinz von Reims und Besant auf Aufhebung des Belagerungszustandes und der Zensur angenommen.

Zur Unterbrechung des Bahnverkehrs Darmstadt-Frankfurt. Karlsruhe, 21. Dez. (Pr.-Tel.) Die Franzosen haben auf der Strecke Darmstadt-Frankfurt a. M. den Eisenbahnverkehr unterbrochen, weil Teilstrecken zum Brückenkopfgelände von Mainz gehören. Infolgedessen kommen in Süddeutschland die Züge aus Frankfurt und dem übrigen Norddeutschland auf Umwegen und mit großen Verzögerungen an. Ob diese folgenschwere Unterbrechung des Zugverkehrs auf dieser wichtigen Strecke von längerer Dauer ist, ist noch unberechenbar.

Französische Kriegsschäden.

Bern, 21. Dez. (WB.) Im Namen des Budgetausschusses der französischen Kammer erklärte gestern Dubois, daß sich die Kriegsschäden in Frankreich an Gebäuden, Grund und Boden, Mobiliar, Maschinen und Straßen insgesamt auf 65 Milliarden Francs belaufen, ungeschätzt die Schäden an historischen Bauten und die dem Handel durch Stilllegen der Betriebe zugefügte wurde.

Der Kunst- und Kulturrat für Baden.

In Karlsruhe hat sich, wie schon gemeldet, ein Kunst- und Kulturrat für Baden gebildet, der aus dem Boden des neuen sozialen Volksstaates stehend, der Ueberzeugung ist, daß alle Bemühungen, eine deutsche Volkskultur zu schaffen nur dann Erfolg haben können, wenn es gelingt, die hierfür unerlässlichen höheren geistigen und kulturellen Bedingungen auch für diejenigen Bevölkerungsschichten durchzuführen, die unter den bisherigen Verhältnissen von der Teilnahme am kulturellen Leben ausgeschlossen blieben. Es betrachtet es als seine Aufgabe, die erhöhte Lebensform mit geistigem Inhalt zu füllen, und tritt jetzt mit dem folgenden Aufruf, der von führenden Männern der Kunst und Wissenschaft unterzeichnet ist, vor die Öffentlichkeit. Der Aufruf lautet:

Der Kunst- und Kulturrat bezweckt die Wahrung der Rechte des Geistes und der Kunst in allen öffentlichen Angelegenheiten geistiger und künstlerischer Art. Er sucht dies zu erreichen durch Aufklärung der Öffentlichkeit (insbesondere die politischen Parteien und amtlichen Stellen) über die geistigen und künstlerischen Grundbedürfnisse und Grundbedürfnisse, durch Vorschlag von Reformen der bestehenden und Veranlassung neuer Kunst- und Bildungsanstalten; durch Beratung der amtlichen Stellen in allen öffentlichen Kunst- und Kultursachen, insbesondere in Fragen der Repräsentation des Staates durch Bauten, Denkmäler, Münzen, Banknoten, Wappensteinen, Urkunden; durch Ueberwachung der Ausführung des Geistes, wenn nötig durch Kritik und Protest.

Die Grundzüge für seine Tätigkeit sind hierbei folgende: Er fordert eine Kunst, die weder der Unterhaltung und dem Vergnügen, noch einseitiger Pflege der Sinne und des Intellekts dient, sondern als Ausdruck der höchsten geistigen Werte der Nation sich an die Gesamtheit des Volkes wendet.

Er fordert eine Wissenschaft, die nicht Erforschung und Registrierung des Weltseins für Fachgelehrte ist, sondern die durch Wahl und Wertung den tiefen Wissensstoff belebt und damit der Volksgemeinschaft ein anschauliches geistiges Weltbild schafft.

Sein Ziel ist die einheitliche Aufbau einer neuen Volkskultur, die das geistige Erbe der Nation und der Menschheit allen zugänglich macht und die Vorrechte des Geldes und der Bildung nicht mehr anerkennt. Er erstrebt deshalb die Vereinigung aller Volkskräfte aller Darbietungen der Kunst und Wissenschaft in den vom Staat oder der Gemeinde gehaltenen oder unterstützten Instituten. Er gelangt damit zur Aufstellung des folgenden Programms:

1. An Stelle des staatlich oder städtisch subventionierten Geistes- oder Unternehmerrückfalls, das man der privaten Vorfürsorge überlassen, die es nötig haben, tritt die unentgeltliche Volkshochschule, die, statt in täglichen Aufführungen wackelndes Gutes und Schlechtes zu machen, in wenigen herrlichen Veranstaltungen nur den Offenbarungen der wahren Kunst dient. Ihr Raum ist das Volks-Spielhaus, das ausgedehnt den Darbietungen der hohen Kunst und der Fülle der Volkskunst geweiht ist. In ihm wird auch der Dichter und Künstler seine Kunst haben; in seiner Gestaltung wird der Baumeister, der Maler und Bildhauer seine Aufgaben finden. Volkstheater und Volksoper wird aus diesem Raum verbannt sein. Er wird einer Kunst-Kirche ähnlicher sein als einem Theater von heute.

2. An Stelle der allein für den Kunstgelehrten bestimmten Einrichtung des Museums tritt eine Anordnung und Aufstellung des staatlichen und städtischen Kunstbesitzes, welche der Kunstvermittlung, die von ihm ausgeht, entspricht: bloß historisch Interessantes und Seltenes mag immerhin in der heutigen Weise zu Studienzwecken aufbewahrt werden — was nach zu Lebenden spricht, muß würdig und eindringlich als einzelnes Werk in eigenem, nach seinem Zweck gestalteten Räume in einem Volks-Kunsthaus zur Geltung kommen.

3. Neben die Unterrichtsschule (die als Einheitschule für das ganze Volk und später als Fachschule für die einzelnen Berufe die für das Leben notwendigen praktischen Kenntnisse und Fertigkeiten vermittelt) tritt die Kultur-Schule, die, möglichst, aber ebenfalls allen zugänglich, Dichtung, Musik und die bildende Kunst nicht lehrt, sondern darstellt; die lebendigste Gelegenheit gibt, zu schauen und zu hören, aber weder zum Auswendiglernen noch zum oberflächlichen Zergliedern und historischem Verstehen des Kunstwerks zwingt; die ferner alles allgemeine kulturelle Wissen und Denken, das über das Praktische hinausgeht, durch Vortrag und Belehrung ebenfalls zu lebendiger Anschauung bringt. Dafür wird die historische und philosophisch-moralische Behandlung der Literatur und Kunst, wie sie bisher nach dem Vorbild des Gymnasiums im Unterricht üblich war, aus der Unterrichtsschule entfernt. Das Gymnasium selbst ist als reine Gelehrtenschule eine Fachschule unter andern und keine Bildungsschule mehr, deren Zweck letztendlich die Berechtigung verleiht. Es wird wie die anderen Fachschulen nach Ableistung der Einheitschule vom 16. Lebensjahre an besucht und leitet organisch zur eigentlichen Gelehrtenschule, der Universität, über.

4. Neben der Universität, die schließlich der gelehrten Forschung und der Heranbildung wirklicher Forscher dient, sind Fachhochschulen mit eigener Prüfungsbefugnis für die bloße sogenannte

den akademischen Beruf rein praktischer Art zu errichten, also für Lehrer, Ärzte, Richter, Anwälte, Geistliche und Beamte aller Art. Die bisher durch den streng theoretischen Betrieb der Universität, der ihnen für ihr künftiges Amt nichts Brauchbares mitgab, in gleichem Maße behindert wurden, wie sie selbst der eigentlichen Aufgabe der Universität, der reinen Forschung, im Wege waren.

5. Die Spieler, Sprecher und Redner, die Sänger und Musiker, die Maler, Baumeister, Bildhauer erhalten ihre technische Ausbildung in Fachschulen, die in der staatlichen Kunstschule zusammengefaßt sind, welche durch Wahl der Stoffe und Meister, der Aufgaben und Aufträge den einzelnen Fächern das einheitliche Ziel einer hohen und volkstümlichen Kunst setzt und allen akademischen Betrieb, alles Mößliche und Salomühige aus dem Unterricht ausschaltet.

6. Neben den verschiedenen Fachhochschulen steht als selbständige Anstalt, die für die künstlerische und kulturelle Ausbildung aller der Fach- und Kunstschüler (sowohl wie des gesamten übrigen Volkes) sorgt, die unentgeltliche, wahrhaft Volkschule, in welcher das wesentliche Interesse und die Hauptunterstützung der Regierung zugewandt ist, da sie allein, obwohl auf dem Boden der Universität aufbauend, der Allgemeinheit lebendige und anschauliche Erkenntnis vermittelt. Nicht Universitätsschüler, sondern die Fachwissen bloß popularisieren, sondern Menschen mit ausdauernden künstlerischer Fähigkeit der Veranschaulichung, die sich durch kulturelle Leistungen allgemeiner Art bewährt haben, sind als Lehrer zu verwenden.

7. Volkshochschule, Kunsthaus und Kunstschule, Kulturhaus und Volkshochschule sind zu einem einheitlichen Kunst- und Kulturstiftung zusammenzufassen. Der Kunst- und Kulturrat wird Spielpläne der Dichtung und Musik, Ausstellungspunkte der Kunstwerke, Vorträge und Unterrichtspläne entwerfen und die Berufungen der Spieler, Sprecher, Redner, Künstler vorschlagen.

8. Die Aufgabe, daß die erste künstlerische oder wissenschaftliche Leistung durch Bezahlung und Belohnung nicht aufgewogen wird, die Aufgabe ferner, daß hohes geistiges Schaffen nicht der Willkür und dem Zwang gereizter Kritik, sondern den legendären Stunden freien Schaffens entspringt, liegt den Gedanken nahe, den geistigen Schaffenden von dem Lohn- und Arbeitsverhältnis der übrigen Völligen zu entbinden: ihm kein Wert und keine Leistung nicht abzulaufen, sondern sie als ein der Gesamtheit gehörendes Geschenk zu nehmen für ein Mindestmaß von ruhiger und freier geistiger Arbeit, das ihn die Gesamtheit dafür dankt. Der Ausdruck dieses Gedankens liegt der Kunst- und Kulturrat ab, wobei der Anfall der Verlags- und Urheberrechte an den Staat als Gegenleistung für die staatliche Fürsorge zu erwägen wäre.

Mitteilung!

Laut Verfügung der Reichsbekleidungsstelle vom 17. Dezbr. 1918 ist mit Wirkung von heute die

Bezugsscheinplicht für Damen- und Mädchen-Winter-Mäntel



aufgehoben!



Geschwister Alsbach
L. Assenheim
Ciolina & Kübler
L. Fischer-Riegel
B. Kaufmann & Co.

Warenhaus Kander
Louis Landauer
Kurt Lehmann
D. Liebhold
Gebr. Lindenheim

Sophie Link
Gebr. Rothschild
H. Schmoller & Co.
C. W. Wanner
S. Wronker & Co.

Morgen Sonntag sind unsere Geschäfte von 11 Uhr vormittags bis 6 Uhr abends geöffnet

National-Theater

Samstag, 21. Dezbr. 1918. 21. Vorst. i. Abend. 8
 Neu einstudiert:

Wehe dem, der lügt!

Anfang 8 Uhr. Mittel Preile. Ende 9 1/2 Uhr

Kunst-theater „APOLLO“

Heute Samstag abend 7 Uhr:

Wenn im Frühling der Holländer ...

Operettenpaar in 3 Akten von Haim Lewin.

Sonntag nachmittag 3 Uhr:

Der Storn von Bethlehem.

Sonntag abend 7 Uhr: 1.304

Wenn im Frühling der Holländer ...

Jugendtheater, Liedertafelsaal, K 2, 32.

Sonntag, den 22. Dezember, nachmittag 3 Uhr

Die Schneekönigin 2.300

Belohnungsmärchen mit Gesang und Tanz in 5 Akten.

Ratten bis Sonntag mittag 12 Uhr bei R. Levy.

U. 1. 4. Telefon 1600.

Ratten für die beiden Belohnungstage sind ebenfalls zu haben.

Friedrichspark

Sonntag, 22. Dezbr., nachmittag 3-6 Uhr

KONZERT

der Kapelle Geismann.

Eintrittspreis 30 Pfennig. Abonnenten gegen Vor-

zeigen der Jahreskarten frei. 5000

Phönix Sportplatz bei der Fohlenweide

Morgen Sonntag nachm. 1/3 Uhr

Entscheidungsspiel

um den Mannheimer Pokal 2340

Sportverein Waldhof—M.-F.-G. „Phönix“

um 10 Uhr vormittags III. Mannschaft und

um 1 Uhr nachm. II. Mannschaft.

Damen-Friseur-Salon Gustel Elsbach

empfehl ich im 4345

Kopfwaschen, Frisieren, Haar- u. Schönheitspflege.

O. 6, 51. Tel. 31.7.

Vom Felde zurück, habe ich in

Friseur-Geschäft

wieder eröffnet

und bitte um geneigten Zuspruch 87806

C1,5 Georg Rheinwald C1,5.

Mitte Januar 1919

eröffnen wir unser

Piano-Magazin in Mannheim

O 7, 9 Heidelbergerstrasse O 7, 9

neben Café Rumpelmeyer

ausgestattet mit erstklassigen Marken in Flügel, Pianos u. Harmoniums.

L. Spiegel & Sohn.



Verlangen Sie Spiralbohrer-Katalog und Lagerlisten

Während der Telefonsperre werden Bestellungen auf Neulieferungen und Reparaturen bei

Rief, I 6, 14, Tel. 2698

entgegengenommen und durch unsere hiesigen

Monteure schnell und fachgemäß ausgeführt.

E. Herz & Co.

Rolladen- und Jalousiefabrik

Ludwigshafen a. Rh. 25361



Die Grundlage eines jeden Geschäftes ist eine zuverlässige

Brief-Registrator

Schnelle Lieferung

Fachmännische Beratung

Otto Zickendraht

Mannheim, O 7, 5. Fernruf 180

Mod. Büro-Einrichtungen

Deutsche Demokratische Partei.

Heute Vortrag:

„Frauenstimmrecht und die Demokratische Partei“

Referent: Stadtrat Dr. Stern.

Breite Ausfächer.

Alle Parteifreunde sind willkommen.

Evangelischer Bund

Ortsverein Mannheim.

Am 25. Dezember (2. Weihn.-Festtag), abend 7 1/2 Uhr, findet im Friedrichspark unter Mitwirkung von Herrn Alwin Krieger ein

Familienabend

mit folgendem Programm hat:

1. Begrüßung der heimgekehrten Krieger durch den Vorsitzenden.

2. Vortrag von Stadtpfarrer Rath-Neumann: „Die gegenwärtige Lage unserer evangelischen Kirche“.

3. Vortrag von Herrn Alwin Krieger: „Die gegenwärtige kirchliche Lage und die evangelischen Frauen“.

Die verehrten Mitglieder des Ortsvereins und der Frauengruppe, sowie alle Freunde des Bundes werden mit ihren Angehörigen freundlich eingeladen.

Der Vorsitzende: Stadtpfarrer Rath.

Wieder eröffnet!

Restaur. z. Wasserturm, Q 7, 18

Es ladet freundlichst ein 87406

Oskar Hilfenbrand.

Hotel-Restaurant

„Weinberg“

D 5, 4 Tel. 6727 D 5, 4

Nach fast 4-jähriger Abwesenheit aus dem Heeresdienst entlassen, er-
 öffne ich heute (1918)

Samstag nachm. 5 Uhr

meine gesamten Lokalitäten.

Heinrich Hummel.